

Москва, 07.06.15

Москва, 07.06.15

Resolution

Wir, die Teilnehmenden der Konferenz zur Eröffnung der deutsch-russischen Themenjahre „70 Jahre Ende des 2. Weltkriegs: Jugendaustausch - Verständigung - gemeinsame Zukunft“ haben am heutigen Tag von einer Vertreterin der konsularischen Abteilung der Deutschen Botschaft von der Einführung des Visainformationssystems (VIS) am 14. September 2015 in Russland erfahren. Wir sind von der Einführung des Systems in höchstem Maße betroffen, weil damit für alle Kinder und Jugendlichen die Verpflichtung verbunden ist, persönlich in den Konsularabteilungen der deutschen Botschaft oder Visazentren vorstellig zu werden, um sich dort die Fingerabdrücke abzunehmen zu lassen. Das gefährdet die Fortführung und Weiterentwicklung der schulischen und außerschulischen Jugendbegegnungen zwischen Deutschland und Russland.

Die Begegnungen zwischen jungen Menschen unserer Partnerländer werden dadurch in hohem Maße erschwert, wenn nicht sogar verhindert. Das führt zu einer erheblichen finanziellen und zeitlichen Mehrbelastung, die durch die Teilnehmenden und die oft ehrenamtlich tätigen BetreuerInnen und OrganisatorInnen kaum geleistet werden kann. Die zusätzlichen finanziellen Belastungen werden dazu führen, dass nur noch eine Elite sich die Teilnahme an dem internationalen Jugendaustausch leisten kann. Dies widerspricht dem Geist und dem Inhalt des Deutsch-Russischen Regierungsabkommens über die jugendpolitische Zusammenarbeit. Gerade in der jetzigen Zeit der außenpolitischen Spannungen im deutsch-russischen Verhältnis ist es erforderlich, dass langjährige Kontakte und Beziehungen nicht gefährdet werden. Nur so kann es gelingen, der außenpolitischen Zielrichtung „alle Kanäle nach Russland offen zu halten“, zu entsprechen. Darüber hinaus ist nicht zu akzeptieren, von Kindern und Jugendlichen, die an einer internationalen Begegnung teilnehmen möchten, Fingerabdrücke abnehmen zu lassen. 70 Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges neue bürokratische Barrieren zu errichten, verhindert den Dialog, führt zu einer Abschottung Europas und unterbindet die zivilgesellschaftlichen Kontakte.

Die Teilnehmenden der Konferenz fordern die Mitglieder des Deutsch-Russischen Jugendrates, die Abgeordneten des Bundestages und insbesondere die deutsche Bundesregierung, die Abgeordneten des Europaparlaments und die russische Regierung auf, sich im Interesse der Weiterführung des deutsch-

